Deutscher Bundestag **Drucksache 20/2556**

20. Wahlperiode 05.07.2022

Antrag

der Fraktion der CDU/CSU

Neuausrichtung der deutschen Politik im Nahen und Mittleren Osten und Nordafrika – Strategischer Ansatz auf Augenhöhe

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Der völkerrechtswidrige Angriffskrieg Russlands stellt in vielen Bereichen eine Zäsur für unser Land dar. Die deutsche Außenpolitik wurde wie selten zuvor mit den Auswirkungen zu großer, einseitiger Abhängigkeiten konfrontiert. Dies gilt für politische ebenso wie wirtschaftliche Abhängigkeiten. Als Folge muss ein zentrales Element der deklarierten „Zeitenwende“ eine strategische Neuausrichtung und Anpassung der außenpolitischen Partnerschaften Deutschlands sein. Breit angelegte und von beidseitigen Interessen geprägte Partnerschaften weltweit schützen vor Verwundbarkeiten durch einzelne Akteure.

Eine entscheidende Nachbarregion Europas, in der sich Deutschland wieder stärker engagieren sollte, ist der Nahe und Mittlere Osten und Nordafrika (im Englischen mit dem Terminus „Broader Middle East and North Africa“, BMENA, bezeichnet). Die Reise des Bundesministers für Wirtschaft und Klimaschutz, Robert Habeck, in die Golfregion sowie die beim Staatsbesuch des katarischen Emirs Al Thani vereinbarte Energiepartnerschaft sind richtig und notwendig. Sie bringen aber auch zum Ausdruck, dass es einer stärkeren strategischen Ausrichtung der deutschen Politik gegenüber den Staaten des Nahen und Mittleren Ostens bedarf. Diese kann nicht auf aus der Not geborenen Initiativen zu einzelnen Regierungen fußen, so erntet man lediglich Misstrauen und Unverständnis. Auch die Golfstaaten sind dabei, eine geopolitische Neuausrichtung ihrer Rolle im Lichte ihrer Interessen vorzunehmen – sie sind sich ihrer gewachsenen Bedeutung bewusst. Stattdessen braucht es einen regionalen Ansatz mit belastbaren Beziehungen auf Augenhöhe.

Die Konflikte in der Region, allen voran jene in Libyen, Syrien und im Jemen haben uns vor Augen geführt wie entscheidend eine stabile Entwicklung im Nahen Osten für die Sicherheit Europas ist. Es liegt in unserem Interesse, dass Deutschland in der Region wieder mehr Verantwortung übernimmt und sich neben der humanitären Unterstützung auch (sicherheits-)politisch und als Mediator einbringt. Hinzu kommen der nahezu vollständige Einbruch der libanesischen Volkswirtschaft, die andauernden Spannungen zwischen Israel und seinen Nachbarn sowie der unvermindert bestehende Konflikt mit dem Iran, mit dem die Verhandlungen zur Rückkehr zum Atomabkommen stocken, während Teheran seine regionalen Aktivitäten weiter ausbaut und Israel fortwährend das Existenzrecht abspricht. In Anbetracht eines geopolitisch kompetiti-

ven Umfelds hat Deutschland ein eigenes strategisches Interesse daran, ein verlässlicher Partner für die Staaten der Region zu sein. Im Spannungsverhältnis zwischen wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Interessen, Menschenrechten und den geopolitischen Folgen einseitiger Abhängigkeiten muss Deutschland neue Partnerschaften geprägt von gegenseitigem Respekt schließen. Anknüpfungspunkte für eine vertiefte Zusammenarbeit mit den Staaten des Nahen und Mittleren Ostens und Nordafrikas sind durchaus vorhanden: die dortigen Regierungen sehen sich großen Herausforderungen gegenüber, deren Adressierung klar im deutschen Interesse liegt.

Der Nahe und Mittlere Osten und Nordafrika bleibt eine Region, in der politische Instabilitäten und sicherheitspolitischen Spannungen fortbestehen. Die Annäherung Israels an Teile der arabischen Welt hat ein unverhofftes Fenster für regionale Kooperation aufgestoßen, deren Potenzial bei weitem nicht erfasst, geschweige denn ausgeschöpft ist. Im Zuge der „Abraham Accords“ haben erstmals die Vereinigten Arabischen Emirate, Bahrain, Marokko und der Sudan diplomatische Beziehungen zu Israel aufgenommen, mit den Vereinigten Arabischen Emiraten wurde sogar die Errichtung einer gemeinsamen Freihandelszone unterzeichnet. Diese Abkommen bieten die Chance einer neuen Friedensordnung für den Nahen und Mittleren Osten und Nordafrika. Die Bundesregierung sollte diesen Prozess mit Nachdruck unterstützen und als sicherheitspolitischer Akteur und Kooperationspartner stärker in der Region auftreten.

Sicherheit kann auf lange Sicht nur mit einer Entwicklung einhergehen, welche den Menschen in der Region stabile Lebensverhältnisse ermöglicht. Privatwirtschaftliche Initiativen und energiepolitische Partnerschaften zu stärken kann hierfür eine wichtige Rolle spielen. Dabei dürfen jedoch keine neuen Abhängigkeiten entstehen, und auch deshalb muss wirtschaftliche Kooperation weitergedacht werden. Die Assoziierungsabkommen zwischen der EU und den meisten Staaten des südlichen und östlichen Mittelmeerraums datieren auf die frühen 2000er-Jahre. Kein Land der Region verhandelt derzeit über ein vertieftes Freihandelsabkommen mit der EU. In den letzten Jahren hat der Handel der EU mit der Region abgenommen, während der Handel innerhalb des Nahen und Mittleren Ostens selbst aufgrund zahlreicher Hemmnisse weiterhin keine dynamische Entwicklung nimmt. Hier braucht es neue Impulse, zum Beispiel durch den Abschluss umfassender bilateraler oder biregionaler Handelsabkommen.

Kooperation im Bereich der Bildung schafft Perspektiven für Menschen, liegt im Interesse aller Beteiligten und bildet vielmals die Grundlage für erfolgreiche wirtschaftliche Zusammenarbeit in der Zukunft. Der Bedarf ist groß: Viele Staaten der Region haben sehr junge Bevölkerungen – 60% der Bevölkerung des Nahen Ostens und Nordafrika sind unter 25 Jahre alt – und deutsche Institutionen, von den politischen Stiftungen über die Auslandsschulen bis zu den Goethe-Instituten, genießen oft einen hervorragenden Ruf.

Zudem haben die durch den aktuellen Krieg gegen die Ukraine gestiegenen Nahrungsmittelpreise eine grundlegende Verwundbarkeit der Region offengelegt, welche durch die sich zunehmend verschlimmernde Wasserknappheit noch drängender werden wird. Auch hier gilt es, vorbeugend zu agieren und entsprechende Projekte der deutschen Entwicklungszusammenarbeit zu vertiefen und somit krisenpräventiv zu agieren.

Weder die staatlichen Strukturen noch die Regierungsformen der meisten Staaten der Region entsprechen unseren demokratischen, rechtsstaatlichen und menschenrechtlichen Überzeugungen. Deutschland kann und darf nicht zufrieden sein mit der Lage der Menschenrechte im Nahen und Mittleren Osten. Daher ist es im Interesse Deutschlands weiter auf eine Verbesserung der menschenrechtlichen Situation vor Ort, allen voran durch die Umsetzung der relevanten UN-Menschenrechtsabkommen, hinzuarbeiten, die allgegenwärtigen Forderungen in der Region nach guter Regierungsführung aktiv zu unterstützen und sich für Meinungs-, Versammlungs- und Medienfreiheit einzusetzen.

Deutsche Außenpolitik muss die genannten Interessen – von der Sicherheitspolitik bis zur Förderung von Menschenrechten – pragmatisch verfolgen und, wo nötig, den Ausgleich zwischen Zielen strategisch denken. Nur der Aufbau von vertrauensvollen Partnerschaften über die gemeinsame Adressierung der genannten Probleme kann die Basis für notwendige gesellschaftliche und politische Verbesserungen bilden. Kann die westliche Staatengemeinschaft diese Rolle aus Sicht der Staaten der Region nicht ausfüllen, werden sich diese anderen Partnern zuwenden, welche keine Rücksicht auf Menschenrechte nehmen. Russland nimmt in der Region zunehmend sicherheitspolitisch Einfluss und wird in seiner Stellung in der OPEC Plus-Gruppe von Saudi-Arabien selbst nach dem Ukrainekrieg weiterhin unterstützt. Auch China hat seinen Einfluss in der Region deutlich ausgebaut. Im Jahr 2020 löste China bereits die EU als größten Handelspartner der Staaten des Golfkooperationsrats ab und verhandelt aktuell aktiv ein Freihandelsabkommen mit dem Block. Auch dies sollte uns als EU ein Weckruf sein.

Grundsätzlich müssen wir uns der Notwendigkeit der Zusammenarbeit mit den Staaten des Nahen und Mittleren Ostens bewusster sein, nicht nur aus kurzfristigen wirtschaftlichen Überlegungen, sondern um Partnerschaften in beiderseitigem strategischem Interesse in dieser kritischen Nachbarregion Europas aufzubauen. Energie, Klimaschutz, Sicherheit, Ernährung und Landwirtschaft, Bildung, Gesundheit und wirtschaftliche Entwicklung können dabei Pfeiler sein, auf denen eine neue, fortentwickelte deutsche Politik gegenüber dem Nahen und Mittleren Osten fußt. Wir brauchen langfristige, diversifizierte Beziehungen mit dieser wichtigen Weltregion, in denen Deutschland klare strategische Ziele und Positionen vertritt, ohne dabei neue einseitige Abhängigkeiten oder Verwundbarkeiten zu schaffen.

II. Daher fordert der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auf,

1. eine Strategie für den Nahen und Mittleren Osten und Nordafrika zu entwickeln, die die deutschen Interessen in dieser Region klar benennt und die Chancen einer Zusammenarbeit mit den Staaten der Region auf Augenhöhe nutzt;
2. sich in der Europäischen Union für eine europäische Strategie für den Nahen und Mittleren Osten und Nordafrika einzusetzen, mit dem Ziel einer Reform und Modernisierung der südlichen Nachbarschaftspolitik der EU;
3. die deutschen und EU-Beziehungen zum Nahen und Mittleren Osten systematisch und konstant auszubauen, um als verlässlicher, attraktiver Partner wahrgenommen zu werden;
4. die politischen Stiftungen und deutschen Durchführungsorganisationen in der politischen und technischen Zusammenarbeit mit und in der Region zu stärken und in ihrer Arbeit zu unterstützen;
5. russischen und chinesischen Einfluss im Nahen und Mittleren Osten systematisch entgegenzutreten, in dem wir als EU gemeinsame Interessen formulieren, Ressourcen bündeln und so attraktive Angebote zur Kooperation unterbreiten. Dabei kann die Initiative „Global Gateway“ ein wichtiges Vehikel sein;
6. die Aufnahme privatwirtschaftlichen Engagements in der Region noch stärker als bisher zu unterstützen und abzusichern, unter anderem durch konkrete Maßnahmen zur Unterstützung privatwirtschaftlichen Engagements;
7. einen sicherheitspolitischen Dialog mit den Staaten des Golfkooperationsrats einzurichten sowie den Dialog in der Parlamentarischen Versammlung der Union für das Mittelmeer zu intensivieren;

8. die mit Katar, Israel und den Vereinigten Arabischen Emiraten beschlossenen Energiepartnerschaften auszubauen und auf andere Staaten in der Golfregion und Nordafrika auszuweiten. Formate wie das „Egyptian-German Joint Committee on Renewable Energy, Energy Efficiency and Environmental Protection“ und weitere bedarfsorientierte Dialogplattformen sollten mit weiteren Partnern aufgelegt werden, um die Region bei der Nutzung ihres großen Potentials an erneuerbarer Energie zu unterstützen;
9. sich im Rahmen der Europäischen Union verstärkt für den Ausbau der Handelsbeziehungen mit Staaten des Nahen und Mittleren Ostens und Nordafrikas einzusetzen, bestimmte Wirtschaftssektoren schwerpunktmäßig zu bearbeiten und insbesondere bilaterale Handelsbeziehungen in der und in die Region zu stärken, sowie den regelbasierten Handel innerhalb der Region zu fördern nach Vorbild der US-amerikanischen Initiative für eine Middle East Free Trade Area (MEFTA);
10. den Staaten des Nahen und Mittleren Ostens eine umfassende und regional ausgerichtete Kooperation im Bereich Bildung und dualer Ausbildung anzubieten, von der verstärkten Förderung des Auslandsschulwesens, über den Ausbau des universitären Austauschs bis hin zur Intensivierung in der beruflichen Bildung, aufbauend auf den vorhandenen bilateralen Programmen der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik sowie der staatlichen Entwicklungszusammenarbeit;
11. im Rahmen der EU und der G7 sowie in Zusammenarbeit mit den humanitären Institutionen innerhalb und außerhalb des VN-Systems umgehend Maßnahmen einzuleiten, um die Staaten der Region in der drohenden Notlage der Nahrungsmittelversorgung sowie dem Zugang zu Gesundheitsvorsorge zu unterstützen;
12. langfristig die Förderung von effizienter Landwirtschaft, nachhaltiger Forstwirtschaft sowie die Sicherung der Wasserversorgung in der Region, insbesondere in Ägypten, ebenso wie die Nutzung Erneuerbarer Energien zu einer Priorität der deutschen entwicklungspolitischen und agrarpolitischen Zusammenarbeit machen;
13. die Kooperation mit den Staaten des Nahen und Mittleren Ostens bei gemeinsamen Herausforderungen wie der Bekämpfung des islamistischen Terrorismus auf europäischer und internationaler Ebene zu vertiefen und auf eine Beendigung der Auslandsfinanzierung des Politischen Islamismus in Europa, insbesondere durch die Golfstaaten, hinzuwirken.

Berlin, den 5. Juli 2022

Friedrich Merz, Alexander Dobrindt und Fraktion

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co. KG, Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin, www.heenemann-druck.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlag GmbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.bundesanzeiger-verlag.de
ISSN 0722-8333